

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Kickl
und weiterer Abgeordneter

betreffend keine Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber
**eingebracht im Zuge der Dringlichen Anfrage betreffend „Solarwende Jetzt!
Grüne Arbeitsplätze durch Ökoenergie“, in der 35. Sitzung des Nationalrates
am 18. September 2009**

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Arbeitslosigkeit in Österreich deutlich angestiegen. AMS-Chef Herbert Buchinger spricht zwar von Zahlen „im Rahmen der Erwartungen“ und hofft, dass die befürchtete Verschlimmerung der Lage im Herbst ausbleibt, aber Entspannung ist noch keine in Sicht. Die Tageszeitung „Die Presse“ hat die Zahlen in einem Artikel unter die Lupe genommen:

„Ende August waren 238.803 Personen beim Arbeitsmarktservice (AMS) arbeitslos gemeldet, um 29,8 Prozent mehr als vor einem Jahr. Weitere 57.694 Personen saßen in Schulungen. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten ist nach vorläufigen Schätzungen um zwei Prozent auf 3.425.000 zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition) stieg von 5,3 auf 6,5 Prozent.“

In absoluten Zahlen wird es im Herbst noch mehr Arbeitslose geben als jetzt, da die Arbeitslosigkeit im Herbst fast immer steigt. Zudem hinkt der Arbeitsmarkt der Konjunktur nach, und die ist im zweiten Quartal noch geschrumpft.“

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen verwundern daher Aussagen, wie die des SPÖ-Bundesgeschäftsführers Günther Kräuter, der in einem Interview mit der Tiroler Tageszeitung vom 28.08.09 eine Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber fordert und damit eine Verschärfung der Problematik am heimischen Arbeitsmarkt offensichtlich bewusst in Kauf nehmen will.

In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit einen generellen Zugang für Asylwerber zum Arbeitsmarkt zu verlangen, ist kontraproduktiv und würde einen noch stärkeren Verdrängungsprozess am Arbeitsmarkt zu Lasten der heimischen Bevölkerung auslösen. Darüber hinaus würde Österreich als Destination für unerwünschte Wirtschaftsflüchtlinge noch attraktiver, als es ohnedies schon ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, von allen Plänen bezüglich einer Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber Abstand zu nehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die einer Verschärfung der Problematik am heimischen Arbeitsmarkt entgegen zu wirken imstande sind.“

[Handwritten signatures and date]

18/9/09